

Von Henning Klengen

Sie war gediegen und dem Anlass einer Festrede zum 125. Gründungstag der SPÖ angemessen – die Analyse, die der Wiener Philosoph Konrad Paul Liessmann in der Vorwoche im *Standard* zur Situation von Demokratie und Politik im Land vorgelegt hat. Liessmann verweist darin auf die Gefahr einer weitreichenden „Merkantilisierung“ von Privatsphäre und politischer Öffentlichkeit und ihre dramatischen Folgen für den Fortbestand der parlamentarischen Demokratie.

Tatsächlich sprechen Erhebungen wie etwa die Studie „Direkte Demokratie in Österreich“ der Universität Graz und des Meinungsforschungsinstituts IFES von 2012 eine deutliche Sprache: Nur mehr 19 Prozent der Befragten geben darin an, politisch interessiert zu sein, ein Drittel nimmt gar keinen Anteil mehr an politischen Themen. Wenn aber Liessmann schließlich als Antwort nach einem neuen Staatskonzept fragt und eine „Wiedergewinnung des Politischen“ fordert, so sollte man doch ins Stutzen geraten. Stellt sich die soziale Realität selbst in einem Blick auf seine politische Kultur so abgewirtschafteten Land wie Österreich tatsächlich derart trist dar?

Social Entrepreneurship

Gewiss, es gibt sie, die dem oftmals zermürbend überstrukturierten Alltag geschuldete soziale Apathie und Politikmüdigkeit. Aber es gibt auch die „andere“ Realität, die sie sich im Engagement zahlreicher kleiner sozialer Bewegungen ebenso zeigt wie auf der großen Bühne der Europäischen Union. Ob Proteste gegen Bauprojekte, ob Studierendendemos für bessere Studienbedingungen oder Europäische Bürgerinitiativen – galt bis vor kurzem noch das Wort von der Politikverdrossenheit zeitdiagnostisch als „state of the art“, so mehren sich die Zeichen einer Rückkehr der Politik als Bürgerpolitik. Anders gesagt: Der Souverän meldet sich zurück.

Gefördert wird diese Rückkehr etwa unter dem schillernden Be-



Wie wir gut zusammen leben
11 Thesen für eine Rückkehr zur Politik.
Von Jürgen Manemann
Patmos 2013
108 S., kart.,
€ 10,30

Politikverdrossenheit war gestern: unter der Seitenblicke-Oberfläche professioneller Politik haben soziale Initiativen eine neue Leidenschaft für die Politik entdeckt.

Der Souverän ist zurück

griff des „Social Entrepreneurship“ – unter anderem von Seiten der Europäischen Union. Auf den ersten Blick verbirgt sich dahinter eine auf nackten wirtschaftlichen Tatsachen beruhende Blickerweiterung: So beträgt der Anteil des sozialen Unternehmertums am europäischen Bruttoinlandsprodukt bereits rund zehn Prozent. Von daher wundert es nicht, dass auch die EU das Thema für sich entdeckt hat und 2011 die „Initiative für soziales Unternehmertum“ ins Leben gerufen hat.

Es geht um Arbeitsplätze, gewiss, erklärtes Ziel ist jedoch immer auch das „Empowerment“, die Aktivierung und politische Emanzipation der Zivilgesellschaft. Erst vor knapp einer Woche hat die EU-Kommission diese Fragen mit mehr als 2000 Sozialunternehmern und Vertretern verschiedener Förderorganisationen in Straßburg erörtert. Von sozialer Gerechtigkeit war die Rede, von gesellschaftlicher Solidarität, Wandel und „kollektivem Wohlstand“, wie es in der abschließenden „Straßburger Erklärung“ heißt.

In Österreich ist diese Bewegung, die auf eine Schubumkehr bis hinein in wirtschaftliche und politische Institutionen zielt, gerade im Entstehen begriffen, weiß Georg Schön von „Ashoka Österreich“ zu berichten. „Ashoka“ fördert gezielt soziales Unternehmertum „mit dem Potenzial zu strukturellem Wandel und mit der Intention, die Zivilgesellschaft zu beleben“, so Schön.

Fähigkeit zur Mitleidenschaft

Dass es um mehr als die Förderung vielversprechender Startups geht, zeigt schon der Vereinsname: „Ashoka“ kommt aus dem Sanskrit und bedeutet so viel wie „aktives Überwinden von Missständen“. Damit ist zugleich eine Triebfeder nicht nur des sozialen Unternehmertums benannt, sondern der Kern aller Bürgerpolitik: die Orientierung am Gemeinwohl und dessen Fundierung in der Fähigkeit zur Mitleidenschaft.

Philosophischen Rückenwind für diese Rückkehr der Politik bietet das kleine Bändchen „Wie wir

gut zusammen leben“ des Hannoveraner Theologen und Philosophen Jürgen Manemann. Auf Parteiveranstaltungen und in politischen Foren stellt er derzeit seine „11 Thesen für eine Rückkehr zur Politik“ zur Diskussion – und erntet dabei viel Zustimmung. Anhand zahlreicher Beispiele zeigt Manemann auf, wie gegenwärtig „aus Wahlbürgern Aktivbürger werden“ und unter verkrusteter Partei- und Klientelpolitik der Kern des Politischen neu ans Licht kommt. Das Neue ist dabei etwas sehr Altes – die Erkenntnis näm-

Politik 2.0

Die neue Politik ist eine Politik konkreter Orte – sie passiert dort, wo Menschen miteinander auf Augenhöhe für das Gemeinwohl streiten.

„Galt bis vor kurzem noch das Wort von der Politikverdrossenheit als ‚state of the art‘, so mehren sich die Zeichen einer Rückkehr der Politik als Bürgerpolitik.“

lich, dass Politik nicht etwas für „Macher-Typen“ ist, sondern dialogisch im Zwischenraum der Differenz und der Anerkennung des Anderen entsteht.

Diese neue Politik ist eine Politik konkreter Orte. Wenn sie auch

das Internet und die sozialen Netzwerke als organisatorische „Tools“ nutzt – sie findet ihren Ort am Ort: im Wiener Audimax, am Kairoer Tahir-Platz, im New Yorker Zuccotti-Park; kurz: dort, wo Menschen miteinander auf Augenhöhe streiten – nicht für den persönlichen Vorteil, sondern für das Gemeinwohl.

Das Wohl der Ausgestoßenen

Der Begriff trägt dabei eine revolutionäre Spitze in sich, denn er versteht Gerechtigkeit gerade nicht als Gleichheit, sondern als „individuelles Gerechwerden“. Anders gesagt: Wer das Gemeinwohl in den Blick nehmen möchte, der muss sich in erster Linie am Wohl der Ausgestoßenen orientieren, am Wohl jener, die keine Lobby haben.

Dem Philosophen geht es bei all dem keineswegs um „Politik(er)-Bashing“, sondern darum, neu Geschmack auf Politik zu machen. So stellt Bürgerpolitik für ihn den notwendigen Aufstand gegen die ebenso notwendige Ordnungspolitik dar – nicht aber im anarchistischen Gestus, sondern in der Absicht, Regeln zu verändern, sie zu humanisieren. Politik ist demnach nichts anderes als „öffentliche Liebe“, oder, um es mit dem Philosophen Slavoj Žižek zu sagen, „die Kunst des Unmöglichen“.

KOMPASS IN KÜRZE

RELIGION

Ergebnisse des Familienfragebogens

Mehr als 34.000 Menschen haben laut *Kathpress* den Fragebogen zur Vorbereitung der Familiensynode ausgefüllt, wobei die Beteiligung in den einzelnen Diözesen massiv schwankte. So kamen aus Graz-Seckau gleich rund 26.000 Antworten, aus der Diözese St. Pölten gerade einmal rund 150. Grund dafür dürfte sein, dass einige Diözesen einen vereinfachten Fragebogen online stellten und auf unterschiedlichen Wegen verbreitet haben. Andere begnügten sich mit dem Originaldokument. In der Erzdiözese Wien gab es zumindest die Möglichkeit, den Originalfragebogen auch online zu beantworten, was in rund 8000 Antworten resultierte.

„Die Diskrepanz zwischen der offiziellen Lehre und den Ansichten vieler Gläubigen ist groß“, hieß es nach der Analyse in einer Aussendung der Erzdiözese Wien. Dies bestätigen auch erste Ergebnisse der Grazer Auswertung:

So gaben 68 Prozent an, „teilweise“ nach der Lehre der Kirche zu leben, nur 21 Prozent tun dies „ganz“. Dennoch wollen 89 Prozent den katholischen Glauben an ihre Kinder weitergeben. In Graz befürworteten 96 Prozent die Weitergabe von Sakramenten für wiederverheiratete Geschiedene. 71 Prozent teilen die „ablehnende Einstellung der katholischen Kirche gegenüber gleichgeschlechtlichen eingetragenen Partnerschaften“ nicht. Und 95 Prozent finden, die Kirche sollte hormonelle Methoden der Empfängnisverhütung oder Kondome akzeptieren.

Empfängnisregelung unrealistisch

In der Diözese Innsbruck, die wie Graz einen vereinfachten Fragebogen online gestellt hat, sind 5092 Erhebungsbögen eingelangt. Das dortige Resümee: „Die größte Diskrepanz zwischen Lehre und Wirklichkeit zeigt sich in Fragen der Empfängnisregelung, des Umgangs mit Menschen in zweiter Ehe und in der Bewertung der Homosexua-



Österreichs Katholiken äußerten sich ähnlich zu den vom Vatikan ausgesandten Fragen zu Ehe und Familie.

lität, wobei sich hier in der Bewertung deutlich ein Altersunterschied feststellen lässt.“ In den anderen Diözesen zeigten sich ähnliche Ergebnisse: Auch in Kärnten gaben fast vier Fünftel der Befragten an, die ablehnende Haltung der Kirche gegenüber gleichgeschlechtlichen eingetragenen Partnerschaften nicht zu teilen. Ebenso sind die Gläubigen dafür, die Einstellung gegenüber wiederverheirateten Geschiedenen zu überdenken. 96 Prozent sprechen sich gegen einen Ausschluss von der Kommunion aus. Auch

in der Diözese Linz haben die Teilnehmer an der Vatikan-Umfrage deutlich geantwortet: Kritisiert werden Abgehobenheit und Realitätsferne. Die kirchliche Lehre in der Frage der wiederverheirateten Geschiedenen wird als „unbarmherzig“ und der Ausschluss von den Sakramenten sogar als „unchristlich“ gesehen.

GESELLSCHAFT

Soziale Berufe gesundheitsgefährdet

Die Belastungen für Arbeitnehmer in Sozial- und Gesundheitsberufen nehmen einer aktuellen Studie der steirischen Arbeiterkammer (AK) zufolge „alarmierend“ zu. Knapp 40 Prozent der Bediensteten in Heimen, Spitälern, in mobilen Betreuungsdiensten und anderen sozialen Einrichtungen klagen bereits über Burnout-Symptome. Die Ursachen dafür lauten: Personalmangel und Personalabbau, Sparmaßnahmen, „hoher Druck von oben“, Zeitdruck, immer mehr Bürokratie.